

GEGEN RASSISMUS UND HASSREDE AUFBAU EINER ANTI-RASSISTISCHEN GESELLSCHAFT

TOOLKIT FOR EQUALITY STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS



International Coalition
of Inclusive and
Sustainable Cities – ICCAR



Co-funded by
the European Union

Warum ist es
notwendig?

Vorbereiten

Umsetzen

Dranbleiben

TOOLKIT FOR EQUALITY

STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

GEGEN RASSISMUS UND HASSREDE

AUFBAU EINER ANTI-RASSISTISCHEN GESELLSCHAFT

DIE STADT WIRD AKTIV IN IHREN FUNKTIONEN ALS

- **Demokratische Institution**
- Regelungsinstanz
- Arbeitgeberin
- Dienstleisterin
- Vertragspartnerin

ECCAR 10 PUNKTE AKTIONSPLAN

1. **Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus**
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Das Projekt wurde vom ETC Graz koordiniert und mit den folgenden Partner/innen umgesetzt
Stockholm University – SU (Schweden)
University of Padova - Human Rights Centre - HRC Padova (Italien)
Centre for European Constitutional Law – CECL (Griechenland)
Otherness Foundation - NEKI (Ungarn)
Cidalia (Spanien)
European Coalition of Cities against Racism (ECCAR e.V.)
UNESCO als Mitglied von ICCAR

Herausgeber/innen: Isabella Meier, Ingrid Nicoletti, Klaus Starl, Paul Lappalainen

Veröffentlichung 2.0 Februar 2017, Graz – Stockholm - Potsdam

Das Toolkit for Equality wurde mit Hilfe der Europäischen Kommission, UNESCO, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), Open Society Foundation - At Home in Europe, ETC Graz und den Städten Bern, Bologna, Esch-sur-Alzette, Gent, Graz, Potsdam, Rotterdam, Wien und Zürich umgesetzt.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme der Europäischen Union (ADPOLIS JUST/2014/RDIS/AG/DISC/8084) erstellt. Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des ETC Graz und seiner Partner/innen und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wider.

EINLEITUNG

Das Toolkit for Equality ist ein Handbuch für Städte. Es soll diese in der Umsetzung und Anpassung kommunaler Politiken unterstützen, um Rassismus und rassistischer Diskriminierung erfolgreich entgegenzuwirken. Das Toolkit liefert erfahrungsbasierte Schritt-für-Schritt Anleitungen zur Umsetzung konkreter Politiken, von der Konzeptualisierung bis hin zur Evaluierung der Ergebnisse. Der gesamte Inhalt beruht auf ausführlichen Interviews mit erfahrenen Verwaltungsmitarbeiter/innen, Politiker/innen, zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Vertreter/innen der Zielgruppen in Europäischen Städten.

Unser Ziel war es, möglichst konkrete Ratschläge zu geben. Wir laden Sie ein, das Toolkit als gesammelte Erfahrung Ihrer Kolleg/innen in anderen Städten zu lesen und daraus zu verwenden, was Ihnen für Ihre Stadt hilfreich erscheint.

Die Verwirklichung des Toolkits wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Städten und der Erfahrung ihren Mitarbeiter/innen, die ihr Wissen und ihre Zeit mit uns geteilt haben. ECCAR und die Herausgeber/innen danken den teilnehmenden Städten sehr herzlich für ihre Beiträge und für ihre Gastfreundlichkeit, insbesondere:

Agia Varvara (Griechenland)
Athen (Griechenland)
Barcelona (Spanien)
Berlin (Deutschland)
Bern (Schweiz)
Bilbao (Spanien)
Bologna (Italien)
Botkyrka (Schweden)
Budapest (Ungarn)
Castilla-La Mancha (Spanien)
Esch-sur-Alzette (Luxembourg)
Gent (Belgien)
Graz (Österreich)

Madrid (Spanien)
Malmö (Schweden)
Nantes (Frankreich)
Pécs (Ungarn)
Potsdam (Deutschland)
Rotterdam (Niederlande)
Santa Cruz (Spanien)
Sevilla (Spanien)
Toulouse (Frankreich)
Turin (Italien)
Valencia (Spanien)
Wien (Österreich)
Zürich (Schweiz)

GEGEN RASSISMUS UND HASSREDE

AUFBAU EINER ANTI-RASSISTISCHEN GESELLSCHAFT

WARUM IST ES NOTWENDIG? 11

VORBEREITEN 12

DIALOG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER ÜBER TOLERANZ UND RESPEKTVOLLES ZUSAMMENLEBEN 12

- **Schritt** Zusammenstellung des Teams und seiner Leitung 12
- Schritt** Stadtrats-/Gemeinderatsbeschluss zur Durchführung des Bürger/innendialogs 13
- Schritt** Durchführung des Dialogs 13
- Schritt** eine breite Vielfalt an Kanälen nutzen 14
- Schritt** Outreach work, Leute aktiv ansprechen 14
- Schritt** Vorbilder ermutigen 14
- Schritt** Veröffentlichung einer Vereinbarung 14

STÄDTISCHE ALLIANZ GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS 18

- Schritt** Gründung eines Lenkungsausschusses der Allianz 18
- **Schritt** Verankern der Koordination in der Verwaltung 19
- Schritt** Budgetkalkulation 19

UMSETZEN 20

- Schritt** Erstellung einer Corporate Identity und von Materialien 20
- Schritt** Mitglieder und Unterstützer anwerben 20

TÄGLICHE ARBEIT 22

- Treffen koordinieren 22
- Organisation von Aktionen gegen rechtsextreme Aktivitäten im öffentlichen Raum 23
- Koordination von Freiwilligen 23
- Öffentlichkeitsarbeit 23

DRANBLEIBEN

28

→ PROJEKT FONDS	28
Schritt Koordinationsstelle	28
Schritt Zugangskriterien	28
Schritt Lenkungsausschuss	28
Schritt Budget	28
ÜBERTRAGBARKEIT	29
ERFOLGSFAKTOREN	29
WIRKUNG UND ERGEBNIS	30
QUELLEN UND BEISPIELE	31

GEGEN RASSISMUS UND HASSREDE

AUFBAU EINER ANTI-RASSISTISCHEN GESELLSCHAFT

Das übergeordnete Ziel ist die Förderung des Zusammenlebens auf Basis demokratischer Werte wie Solidarität, Toleranz, gegenseitigem Verständnis und Respekt von Diversität als starke Gegenstimme zu allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Aktive Bürgerbeteiligung, demokratisches Engagement und Eintreten für Vielfalt sollen gefördert werden. Zu diesem Zweck arbeitet die Stadtverwaltung mit einer Vielzahl an Akteuren (zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Vereinen, Institutionen und aktiven Privatpersonen) zusammen, um Strategien für ein respektvolles Miteinander und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und gegen antidemokratische und rassistische Strömungen zu entwickeln und umzusetzen.

Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) definiert als **„rassistische Diskriminierung“** **„jede auf Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft gründende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung (...)“**.

„**Unterscheidung**“ bedeutet, eine Person auf Basis von Hautfarbe, Abstammung, Geburt, Religion oder Sprache (verbunden mit biologischen und kulturellen Zuschreibungen) als „anders“ zu definieren und damit ungleiche Rechtsansprüche auf struktureller Ebene zu rechtfertigen. Das Gegenteil von Unterscheidung ist „Gleichstellung“. „Gleichstellung“ ist sowohl als Status als auch Prozess zu verstehen.

„**Ausschließung/Exklusion**“ heißt, jemandem den Zugang zu und Genuss von Menschenrechten zu verwehren. Die Europäische Union hat den von der ILO verwendeten Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ übernommen, die Definition aber noch erweitert: soziale Ausgrenzung findet immer dann statt, wenn Personen aufgrund der „**Verwehrung der bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte**“ an der Gesellschaft nicht vollwertig teilhaben und betragen können. Ausgrenzung wird auf eine „**Kombination an miteinander verbundenen Problemen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, geringer Qualifikation, niedriger Entlohnung, unzureichender Wohnbedingungen, schlechter Gesundheit und Auseinanderbrechen von Familien**“ zurückgeführt. Gesellschaftliche Teilhabe ist sowohl eine Voraussetzung für Menschenrechte als auch eines ihrer wesentlichen Ziele. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist „Inklusion“.

„**Beschränkung**“ meint eine Einschränkung des vollen Genusses der Menschenrechte in der Praxis. Das Gegenteil bedeutet, „Chancengleichheit“ vorzufinden.

„*Bevorzugung*“ privilegiert eine Person gegenüber einer anderen aufgrund ihrer Hautfarbe, (ethnischen) Herkunft, Geburt, Religion oder Sprache. Im Gegenzug wird die andere Person gegenüber der ersten benachteiligt. Das positive Gegenstück dazu ist „Gleichbehandlung“.

Eine erfolgreiche Politik gegen rassistisch motivierte Diskriminierung muss daher zum positiven Gegenteil dieser vier Diskriminierungsdimensionen beitragen: **Diskriminierung entgegenzuwirken bedeutet, Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu stärken.**

→ Die Gründung eines breiten Netzwerks zum **KAMPF GEGEN RASSISMUS UND HASSREDE** hat **Gleichstellung und Inklusion** zum Ziel. Dieses Ziel wird mittels Prävention und Beseitigung von durch antidemokratische und rassistische Ideologien propagierte unsachliche Unterscheidung verfolgt.

Ein **Dialog der Bürgerinnen und Bürger über Toleranz¹ und respektvolles Zusammenleben** wird als Ausgangspunkt empfohlen. Das Ziel des Dialoges ist eine gemeinsame Entscheidung darüber, wie respektvolles Zusammenleben garantiert werden kann. Über diesen Dialog soll ein breiter Konsens über die Bedeutung von Toleranz und was nicht toleriert werden kann geschaffen werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat ihre Grenze an der Verantwortung für die Wahrung der Rechte anderer.

Das Übereinkommen über ein gemeinsames Verständnis eines respektvollen Zusammenlebens ohne Extremismus und Rassismus und das durch den öffentlichen Konsultationsprozess entstandene Beteiligtenetzwerk kann die Grundlage für eine **Städtische Allianz gegen Rassismus und Rechtsextremismus** sein. Diese Allianz umfasst unterschiedliche Berufsgruppen, Altersstufen, Haltungen, Lebensstile, politische Anschauungen, Herkunft etc. Sie wird von der Stadt offiziell geleitet und koordiniert. Die Allianz ist Ausdruck einer starken Positionierung für Toleranz, Respekt und einer eindeutigen Ablehnung von Rassismus und jeglichen anti-demokratischen Strömungen.

Zur Förderung und Unterstützung eines kontinuierlichen Engagements in der Zivilgesellschaft für innovative Ideen zur Förderung guter nachbarschaftlicher Beziehungen ohne Rechtsextremismus, Rassismus oder Gewalt, wird die Einrichtung eines entsprechenden **Projektfonds** empfohlen.

¹ „Toleranz“ als Grundlage für den Bürger/innendialog hat historische Gründe in der Referenzstadt („Toleranzedikt“). Andere Städte würden möglicherweise einen anderen Begriff wählen.

KONTEXTINFORMATION

Das vorliegende Kapitel wurde auf Basis von Interviews mit Verwaltungsbediensteten, Politikerinnen und Politikern sowie Umsetzungspartnern in der Stadt Potsdam (Deutschland) erstellt. Weitere Informationen wurden von der Stadt Halle/Saale und der Stadt Nürnberg (beide Deutschland) bereitgestellt. Die Ergebnisse der Feldforschung über die Aktionspläne zur interkulturellen Koexistenz in Valencia (Spanien) wurden zusätzlich einbezogen.

WARUM IST ES NOTWENDIG?

- Prävention ist billiger als Intervention. Ein wesentlicher Effekt von Präventionsmaßnahmen ist die Verringerung von Belästigung und Gewalt und damit ein Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Die Stadt tritt Gewalt entschieden entgegen und fördert damit ein auch das subjektive Sicherheitsgefühl.
- Die Politik bringt ein starkes Netzwerk von Akteuren hervor, welches Demokratie und Toleranz aktiv fördert und unterstützt.
- Die Politik bündelt zivilgesellschaftliches und behördliches Potential zur Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus. Sie bietet eine effiziente Struktur und schafft eine ‚private-public‘ Kooperation auf Augenhöhe.
- Die Stadt zeigt eine klare Haltung, welche Werte sie vertritt: Freiheit, Toleranz und Solidarität.
- Die Stadt zeigt somit ein klares Profil und schafft ein gutes Klima für wirtschaftliche Investitionen, zieht Studierende und Unternehmen an.
- Die Politik fördert Bürger/innenbeteiligung. Auch Bürger/innen, die schwach in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden sind, werden angesprochen und können sich einbringen. Die Einwohner/innen sind dadurch auch besser informiert.
- Die Politik entgegnet einer gesellschaftlichen Spaltung, stärkt sozialen Zusammenhalt und Teilhabe.
- Die Zivilgesellschaft organisiert Stadtteulfeste und Veranstaltungen, um über Rassismus, Hassrede und Diskriminierung aufzuklären. Diese Veranstaltungen sind unter den Einwohner/innen ausgesprochen populär.
- Das Netzwerk unterstützt die Arbeit der Polizei durch Beobachtung, Meldung und Dokumentation von Vorkommnissen, insbesondere während Demonstrationen und politischen Kundgebungen.
- Integrative Projekte strategischer oder unterstützender Natur führen zu einer nachhaltigen Entwicklung einer demokratischen und anti-rassistischen Kultur. Durch Innovation entstehen neue Methoden und werden unterschiedliche Akteure und Zielgruppen angesprochen.

GRENZEN

Die hier vorgestellten Politiken können Extremismus und Radikalismen nicht vollständig verhindern. Sie sind auch keine Garantie gegen das Zunehmen und die Verbreitung rechtsradikaler Ideologien. Sie können jedoch verhindern, dass der öffentliche Raum von Radikalen in Besitz genommen wird. In allen Städten, die zu diesem Kapitel beigetragen haben, konnten die Maßnahmen zu einer Reduktion von rassistischen Übergriffen im öffentlichen Raum beitragen.

VORBEREITUNG

→ DIALOG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER ÜBER TOLERANZ² UND RESPEKTVOLLES ZUSAMMENLEBEN

Der Bürger/innendialog dient dazu, ein gemeinsames Verständnis einer heterogenen Gesellschaft und der Regeln für ein respektvolles Zusammenleben zu entwickeln. Ziel ist es, Brücken zwischen Generationen zu bauen, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Austausch miteinander zu bringen und so zu einer gemeinsamen Position zu Toleranz und gegen Extremismus zu gelangen. Wichtig ist dabei insbesondere eine von einer breiten Basis getragene Definition zu finden, was nicht tolerabel ist, wie etwa Hassreden, Hasskriminalität etc. Besonders empfehlenswert ist ein solcher Dialog für Städte, in denen zu diesem Thema bereits eine gewisse Polarisierung stattgefunden hat.

Relevante Akteur/innen:

- Oberbürgermeister/Bürgermeister/Gemeindepräsident
- Leiter/in der koordinierenden Stelle oder Organisation
- Wissenschaftliche Berater/innen
- Unterstützer/innen für den Partizipationsprozess
- Lokale Geschäftswelt, Wirtschaftskammer, Gastronomiebetreiber/innen, Sportvereine usw.
- Marketingprofis, Medienpartnerschaften zur Erstellung und Verbreitung der Materialien

Wichtigste Tätigkeiten:

- Durchführung des Dialoges über einen Zeitraum von 6 bis 12 Monaten

1

SCHRITT Zusammenstellung des Teams und seiner Leitung

Für das Team werden Personen und Organisationen eingeladen, die bereits einschlägig gesellschaftlich aktiv sind, wie z.B. Universitätsangehörige, Sportvereine, Flüchtlingshilfe usw.

Das Team braucht eine Leitung, welche die wesentlichen Funktionen der Konzepterarbeitung, der Koordination, Begleitung, Zusammenfassung der Ergebnisse des Dialogprozesses übernimmt. Es empfiehlt sich, eine anerkannte Person, die auch ein geeignetes Netzwerk verfügbar hat, auszuwählen.

² "Toleranz" als Grundlage für den Bürger/innendialog hat historische Gründe in der Referenzstadt („Toleranzedikt“). Andere Städte würden möglicherweise einen anderen Begriff wählen.

Tipp! Eine Stadt berichtet, dass sich die Betrauung eines Universitätsprofessors als sehr positiv gezeigt hat. Erstens war die Person allgemein anerkannt und zweitens konnten dadurch viele Studierende als Unterstützung angeworben werden. Die Medianstelle der Universität konnte ebenfalls als Unterstützerin gewonnen werden. Schließlich war auch das Alumninetzwerk von Vorteil für die Reichweite des Dialogprozesses.

Was motiviert die Mitglieder zur Teilnahme?

- Es ist eine gute Gelegenheit, sich zu engagieren und sich auszutauschen.
- Bekanntschaften aus einem weiten Umfeld mit Personen, die man sonst vielleicht nicht trifft, machen.
- An einer Gemeinschaft teilhaben und Solidarität erleben.
- Die eigene Stadt besser kennenzulernen, indem man in unterschiedliche Bezirke und mit allen möglichen Leuten ins Gespräch kommt.

2

SCHRITT Stadtrats-/Gemeinderatsbeschluss zur Durchführung des Bürger/innendialogs

Ein Beschluss des Stadtparlaments, der von allen demokratischen Parteien unterstützt wird, ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.

Die Unterstützung des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin ist besonders wichtig, um dem Projekt die notwendige Priorität zu geben.

Die politischen Parteien sollen in den Prozess integriert sein. Wenngleich deren Rolle nicht zu prominent sein sollte, garantiert ihre Einbindung, dass sie nicht dagegen arbeiten. Dasselbe gilt für die Verwaltung.

3

SCHRITT Durchführung des Dialogs

Diskussionsfragen für den Dialog:

Was bedeutet *Toleranz* für das Zusammenleben in unserer Stadt? Welche Probleme stellen sich im täglichen Zusammenleben? Wo besteht Handlungsbedarf? Wie wollen wir zusammenleben? Wie wollen wir uns gegenseitig behandeln? Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen Stadtteilen und ihren Bewohner/innen? Wie können wir Brücken bauen? Sind wir eine gemeinsame Stadt oder führen gesellschaftliche Unterschiede zu einer Zersplitterung in verschiedene Teile? Wie sind die Beziehungen zwischen „alten“ und „neuen“ Einwohner/innen? Wie sind die Beziehungen zwischen den Generationen? Was bedeutet es, als junger Mensch in der Stadt zu leben? Was bedeutet es, als Pensionist in der Stadt zu leben? Was wünschen wir uns für die Stadt?

Tipp! Es ist unmöglich, alle Bewohner/innen zu erreichen. Trotzdem ist es die Mühe wert, so viele Leute wie möglich aus allen Bezirken und aus allen gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen.

4

SCHRITT eine breite Vielfalt an Kanälen nutzen

Empfohlene Kommunikationskanäle:

Internet-Forum: Ein eigenes Internet-Forum lädt alle Bewohner/innen ein, kommunale Fragen und Problemstellungen zu diskutieren und entsprechende Vorschläge zu einem respektvollen Zusammenleben zu machen. Eine Online-Unterschriftsammlung für eine offene und tolerante Stadt gibt ein klares Signal für die Unterstützung der Bevölkerung gegen Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Postkarten: Postkarten können an alle Haushalte versendet werden. Die Fragen können so einfach beantwortet und portofrei eingeschickt werden. Die Postkarten können überall aufgelegt werden, z.B. an Infoständen, in Warteräumen, im öffentlichen Raum.

Diskussionstafeln: Im öffentlichen Raum werden Tafeln mit den oben genannten Fragen aufgestellt. Passanten können darauf ihre Antworten notieren. Daraus ergibt sich ein öffentlich sichtbares Bild vom Verständnis von Toleranz, Respekt und Solidarität. Schulen, Unternehmen und andere Einrichtungen, an denen sich eine größere Anzahl an Menschen aufhält, können gefragt werden, ob sie die Diskussionstafeln aufstellen. Über Nacht sollen Anrainer und Geschäfte die Tafeln einschließen, um eventuellem Vandalismus vorzubeugen.

5

SCHRITT Outreach work, Leute aktiv ansprechen

Gehen Sie in Schulen, Unternehmen, Spitäler usw., um zum Dialog zu motivieren. Unterstützen Sie Firmen, Vereine und andere Organisationen bei der Veranstaltung von Diskussionen. Gehen Sie in alle Stadtteile und Wohnsiedlungen. Suchen Sie sich Kooperationspartner vor Ort, nutzen Sie bereits bestehende Strukturen wie Stadtteilzentren, Vereine usw. Veranstalten Sie Nachbarschaftstreffen und schaffen Sie mit all diesen Maßnahmen einen großen Rahmen für den Bürger/innendialog.

6

SCHRITT Vorbilder ermutigen

Laden Sie bekannten Institutionen (Vereine, Theater, Firmen etc.) dazu ein, sich zu einem Beitrag zu einer toleranten Stadt zu verpflichten und dies zu veröffentlichen. Das können Leitbilder oder Maßnahmen sein, die bereits umgesetzt sind oder für die nähere Zukunft geplant werden.

7

SCHRITT Veröffentlichung einer Vereinbarung

Alle Stellungnahmen werden gesammelt, zusammengefasst und als Prinzipien einer toleranten Stadt verdichtet. Die Reihung erfolgt nach Häufigkeit, intolerable Äusserungen werden aussortiert.

Das Ergebnis wird in einem Dokument veröffentlicht. Diesem Dokument können alle zustimmen, es ist die Grundlage eines „Gesellschaftsvertrags“ über Toleranz und Respekt. Das Dokument muss freilich möglichst gut verbreitet werden.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN**LÖSUNGSANSÄTZE**

Wie können ausreichend viele Menschen zur Teilnahme motiviert werden?

Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin muss den Prozess unterstützen, um dem öffentlichen Dialog die notwendige Priorität zu geben.

Diskussionen über Rassismus werden auf die Migrations- und Flüchtlingssituation verkürzt.

Stellen Sie klar, dass Rassismus und rassistische Taten durch diese Situation noch verstärkt wurden.

Nehmen Sie die Flüchtlinge als Zielgruppe in den Dialog auf. Behandeln Sie das Thema nicht gesondert, sondern in allen Themenfeldern. Zielen Sie auf Themen wie Wohnen, Bildung, Sport usw. anstatt auf Zielgruppen zu fokussieren.

Wie können verletzte Personen und Gruppen erreicht werden?

Persönliche Gespräche sind sehr wichtig. Suchen Sie die Leute in abgelegenen Bezirken, an „Hotspots“ auf und suchen Sie den Kontakt zu lokalen Vereinen, organisieren Sie gemeinsame Veranstaltungen. Gehen Sie aktiv auf die Leute zu!

Wie erreicht man die jungen Leute?

Gehen Sie in die Schulen, organisieren Sie z.B. ein Theaterprojekt oder ähnliches. Bleiben Sie mit den Schulen und Lehrpersonen in Kontakt.

Wie können diejenigen erreicht werden, die keine Veranstaltungen besuchen?

Die Zusammenarbeit mit kleinen lokalen Vereinen in den unterschiedlichen Vierteln ist wichtig. Bauen Sie Hürden für Veranstaltungen ab, indem Sie z.B. Kinderbetreuung anbieten, etwas zu essen und zu trinken anbieten, suchen Sie Veranstaltungsorte, wo Passanten einfach kurz vorbei kommen können.

→ Dialog der Bürgerinnen und Bürger über Toleranz und respektvolles Zusammenleben

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Im Laufe der Zeit sinkt das Interesse, es kommt zum Stillstand.

Bleiben Sie mit den Themen am Laufenden, suchen Sie aktuelle Fragestellungen, um das Interesse aufrecht zu erhalten. Der Dialog muss als Prozess kommuniziert werden, nicht als einmalige Veranstaltung.

Achten Sie darauf, dass nicht zu viele Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden.

Einzelne Gruppen verweigern anderen die Meinungsäußerung (z.B. wollen "Linke" keine "rechten" Meinungen im Dialog zulassen und umgekehrt)

Machen Sie die Leute darauf aufmerksam, dass sie auch einen Protest artikulieren können (Poster, Gegenstatement usw.), aber nicht andere an ihre Meinungsäußerung hindern sollen.

Der Dialogprozess ist nicht bekannt genug in der Bevölkerung.

Binden Sie so viele Akteure wie möglich ein und nutzen Sie deren Kommunikationskanäle und Netzwerke. Veranstalten Sie ein medienwirksames Eröffnungs-event.

Nutzen Sie "alternative" Informationsmöglichkeiten, um auch die zu erreichen, die keine "Mainstreammedien" konsumieren. Informieren Sie über Nachbarschaftszentren, Vereine und online.

Wie soll man mit faschistischen und rassistischen Stellungnahmen auf den tafeln umgehen?

Stellen Sie eindeutig klar, wo die Grenze der Toleranz liegt. Die Meinungsäußerungsfreiheit endet bei der Verletzung der Rechte anderer. Eine diesbezüglich klare Position der politischen Parteien ist wünschenswert.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Wie kann Vandalismus vorgebeugt werden?

Ersuchen Sie Geschäftsinhaber/innen und Anwohner/innen die tafeln über Nacht zu verschließen. Graffitisprayer können vielleicht konstruktiv (und kreativ) eingebunden werden.

Medien diskreditieren den Dialog.

Notable Persönlichkeiten und die Unterstützung durch die Stadtpolitik sind eine gute Gegenstrategie.

Politische Parteien nutzen den Dialog, um ihre Parteihalte zu kommunizieren.

Die politische Entscheidung über den Dialog muss klar definieren, um welche Inhalte es gehen soll. Daran sind die Parteien dann gebunden.

Emotionalisierte Debatten, Störungen oder große Veranstaltungen geraten außer Kontrolle.

Bei größeren Veranstaltungen sollte die Polizei beigezogen werden. Informieren Sie die Teilnehmer/innen im Vorfeld der Veranstaltung. Idealerweise sind der Bürgermeister oder hochrangige Politiker/innen anwesend, jemand, der respektiert ist und die Situation überzeugend beruhigen kann.

Was macht man mit stigmatisierten Vierteln?

Kreative Initiativen können gefördert werden. Deren Ergebnisse können sodann in der ganzen Stadt bekannt gemacht und vorgestellt werden.

→ STÄDTISCHE ALLIANZ GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Ziel ist, ein starkes Netzwerk zur Unterstützung von lokaler Demokratie und Toleranz auf Basis des gemeinsamen Verständnisses eines respektvollen Zusammenlebens zu gründen, welches aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus auftritt. Wichtig ist dabei, bestehende Aktivitäten unter ein gemeinsames Motto zu stellen, um individuelle Projekte bekannter zu machen und in gegenseitigen Austausch zu kommen. Ein aktives Netzwerk ermöglicht auch kurzfristige Reaktionen und schnelle Koordination in dringenden Situationen..

Relevante Akteur/innen:

- Ober)Bürgermeister/in, Stadtpräsident/in
- Stadtverwaltung
- Politische Parteien
- Polizei
- Eine breite Palette städtischer Akteure (Unternehmen, Vereine, zivilgesellschaftliche Organisationen, Religionsgemeinschaften, Medien, Kulturschaffende usw.)
- Einwohnerinnen und Einwohner

Aufgaben:

- Networking, um eine breite Allianz zu schmieden
- Koordination von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Organisation von Gegendemonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen gegen Anti-demokratische Strömungen
- Bewusstseinsbildung
- Öffentliche Präsenz, um das städtische Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu zeigen
- Öffentliche Stellungnahmen

8

SCHRITT Gründung eines Lenkungsausschusses der Allianz

Der Lenkungsausschuss sollte vom Bürgermeister, Bürgermeisterin, Stadtpräsidentin geleitet werden. Im Lenkungsausschuss sollten alle Parteien des Stadtparlamentes und die Abteilungsleiterinnen und -leiter der kommunalen Verwaltung vertreten sein. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Vertreter/innen der Polizei sind weitere wichtige Teilnehmer/innen im Lenkungsausschuss. Die Koordination der Aktivitäten sollte am besten einer Verwaltungseinheit übertragen werden, die mit dem Bürgermeisteramt eng zusammenarbeitet.

Tipp! Wenn es bereits eine Arbeitsgruppe/ein Komitee in Ihrer Stadt gibt, welches an Antirassismusagenden arbeitet (z.B. ein Komitee, welches für die Umsetzung des ECCAR 10Punkteprogrammes, für Integration oder einen lokalen Aktionsplan zuständig ist), nutzen Sie diese bereits bestehende Infrastruktur.

9

SCHRITT Verankern der Koordination in der Verwaltung

Eine Verwaltungseinheit, welche eng mit dem Bürgermeisteramt zusammenarbeitet, eignet sich am besten für die Aufgabe der Koordination. Es ist empfehlenswert, die Koordination in einer möglichst hoch in der Verwaltungshierarchie angesiedelt zu haben. Andernfalls hindert die notwendige Bürokratie eine schnelle Reaktionsfähigkeit (z.B. bei der kurzfristigen Ankündigung einer rechtsextremen Demonstration).

Tipp! Sollte es nicht möglich sein, die Koordination weit oben in der Hierarchie zu verankern, versuchen Sie, einen "direkten Draht" zum Bürgermeisteramt einzurichten. Argumentieren Sie aktiv für eine effektive Form der Einbindung in die Verwaltung.

Die Koordinatoren:

Zwei Vollzeitstellen werden für die Koordination der Allianz empfohlen. Erstens muss die das Koordinationsbüro immer besetzt und erreichbar sein. Zweitens ist der Arbeitsaufwand sonst nur eingeschränkt zu bewältigen. Unterstützung und Engagement verschwinden sonst auch wieder sehr schnell, wenn die Aufgaben nicht mit entsprechender Kapazität durchgeführt werden (z.B. wenn jemand rechtsextreme Schmiererei melden will und niemand das Telefon abnimmt).

Anforderungen an die Koordinatoren:

- gute Kenntnis der Stadt, der Politik und Verwaltung, sowie der städtischen Akteure,
- gute Einbindung in kommunalen Netzwerken,
- Erfahrung im Organisieren von öffentlichen und politischen Veranstaltungen und Flexibilität,
- Erfahrung im Umgang mit der Öffentlichkeit wie Beantwortung von Anfragen, Anregungen und Bedürfnissen, aber auch Kritik, Fähigkeit zur Einbeziehung der Bevölkerung zur aktiven Teilhabe,
- Erfahrung und Fähigkeit in der Öffentlichkeits- und Medienarbeit.

10

SCHRITT Budgetkalkulation

Personal: Bei 160,000 Einwohner/innen wird mit zwei Vollzeitstellen gerechnet.

Material: Werbematerial wie Buttons, Sticker, Luftballons, Schals, Broschüren etc. und Veranstaltungskosten entsprechend den lokalen Marktbedingungen.

Infrastruktur: Koordinationsbüro

UMSETZUNG

11

SCHRITT Erstellung einer Corporate Identity und von Materialien

Öffentliche Präsenz und Sichtbarkeit sind wichtig. Informationsstände auf Veranstaltungen sind einfache und wirksame Mittel, Leute zu erreichen. Social Media wird immer unverzichtbarer. Wiedererkennungswert wird mit einem guten Logo erzielt. Werbeartikel wie Schals Buttons, Sticker etc. schaffen so etwas wie eine Marke. Alle Mitglieder sollten diese Materialien auch verteilen, ähnlich wie bei der Kampagnenarbeit.

12

SCHRITT Mitglieder und Unterstützer anwerben

Wichtig ist eine breite Vielfalt an Mitgliedern zur Unterstützung der demokratischen Idee einer weit reichenden Vereinigung gegen Rechtsextremismus. Sonst wird es eher als Aktion der Stadtverwaltung oder einer bestimmten politischen Partei wahrgenommen. Mitgliedschaft und Unterstützung durch verschiedenste Akteure wie Sportvereine, Religionsgemeinschaften, NGOs, Studentenvertretungen etc. erhöht die Glaubwürdigkeit der gesamten Anliegen.

Die Mitgliedschaft sollte offen für alle sein. Einzige Bedingung ist es, eine Verpflichtungserklärung abzugeben, die Prinzipien der Stadt zur Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung aktiv und persönlich zu unterstützen. Dabei kann auch ein Aktionsplan, ein Mission Statement der Stadt oder an eine Rechtsgrundlage zitiert werden. Eine wichtige Funktion dieser Erklärung ist es, rechte Gruppen oder rechtsextreme Personen von der Mitgliedschaft abzuhalten und gleichzeitig für alle offen zu sein.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Wie kann eine breite Vielfalt an Mitgliedern gewonnen werden?

Breite Öffentlichkeitsarbeit, Informationskampagnen, Demonstrationen und Versammlungen, Gegendemonstrationen gegen Demonstrationen der Rechten, Präsenz bei Veranstaltungen, Nutzung städtischer Informationskanäle. Wichtig ist, Mitglieder außerhalb der üblichen Netzwerke anzusprechen, um die Neu- und Einzigartigkeit zu kommunizieren. Eine Corporate Identity und Werbematerial erhöhen die Identifikation und öffentliche Sichtbarkeit.

Gut vernetzte Koordinatoren nutzen eine Vielzahl von Netzwerken, um die Idee zu verbreiten und so Aufmerksamkeit zu erregen und zu lobbyieren.

Bekannte und glaubwürdige Mitglieder verleihen Glaubwürdigkeit und Bekanntheit, ein bekanntes Unternehmen, ein Fussballklub, eine Pensionskasse etc, sind zugkräftige Unterstützer. Damit wird auch klar kommuniziert, dass es nicht nur um ein Anliegen einer bestimmten politischen Partei geht, sondern ein parteiübergreifendes, gesellschaftliches Anliegen ist.

Permanente Kooperation und Vernetzung verwaltungsintern ist ein wichtiges Erfolgselement. Die Zusammenarbeit mit bestehenden Bewegungen gegen Rechts-Extremismus ist ebens wichtig.

Linke oder die Zivilgesellschaftlichen Organisationen haben kein Vertrauen in die Stadtverwaltung

Halten Sie Ihre Versprechen! Versuchen Sie, 'Brückenbauer' zu finden. Ist das Projekt erfolgreich, löst sich dieses Problem gleichsam von selbst, denn das Projekt, bzw. sein Erfolg, schafft das notwendige Vertrauen.

TÄGLICHE ARBEIT

TREFFEN KOORDINIEREN

Die Allianz muss regelmäßige Treffen mit allen Mitgliedern organisieren. Vierteljährliche Mitgliederversammlungen werden empfohlen. Außerordentliche Treffen werden bei besonderen Anlässen benötigt, wenn etwa eine Demonstration von Rechtsextremen angekündigt wurde, wenn kurzfristig Unterkünfte für Flüchtlinge gebraucht werden, oder beispielsweise eine öffentliche Debatte mit rassistischen Zügen aufkommt.

Jedes Mitglied sollte ein Anliegen oder Thema auf die Tagesordnung bringen dürfen.

Wenn eine bestimmte Abteilung der Verwaltung vom Gegenstand der Besprechung betroffen ist, sollte die zuständige Person auch zur Sitzung eingeladen werden. In dieser Hinsicht ist es ein Vorteil, wenn die Allianz an ein bestehendes Projekt der Stadt, zB den ECCAR-10-Punkte-Plan, anknüpft, um eine formale Begründung zu haben, mit den zuständigen Leuten in der Verwaltung zu reden bzw. auch Empfehlungen abzugeben.

Bei speziellem Informationsbedarf können Expertinnen und Experten beigezogen werden. Die Allianz könnte eventuell auch die Zusammenarbeit mit übergeordneten Gebietskörperschaften oder dem Verfassungsschutz suchen, um über Trends in der Extremismusszene informiert zu werden.

Die Allianz in der Stadt, die darüber berichtet, hat ca. 60 Mitglieder, zwei Drittel besuchen die Treffen regelmäßig. Außerordentliche Treffen sind jeweils für zwei Stunden anberaumt und werden von ca. 20 Mitgliedern besucht.

Moderation der Treffen: Die Vielfalt der Mitglieder bringt eine Vielfalt an Themen mit sich. Die Moderation muss die Diskussionen sachlich halten und den kleinsten gemeinsamen Nenner unter den Mitgliedern suchen. Ziel ist es, immer die stärkste Position im Kampf gegen Rassismus und Extremismus zu finden.

Arbeitsgruppen: Bilden Sie Arbeitsgruppen, um z.B. öffentliche Stellungnahmen zu entwerfen. Es wird empfohlen, Arbeitsgruppen ad-hoc zum Thema zu bilden und nach Erledigung der Aufgabe, dies wieder aufzulösen.

ORGANISATION VON AKTIONEN GEGEN RECHTSEXTREME AKTIVITÄTEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Organisieren Sie ein jährliches Fest für Toleranz und Vielfalt/gegen Rechts. Solche feste sind sehr populär in der Stadt und machen die Allianz sichtbar. Ihre Ziele werden dadurch bekannt gemacht und verstärken die Unterstützung durch die Bevölkerung. Um die ganze Stadt einzubeziehen, werden die Feste jeweils in anderen Stadtteilen organisiert.

Reagieren Sie auf rechtsextreme Schmierereien und auf rechte Werbematerialien wie Sticker etc. im öffentlichen Raum. Ermutigen Sie Bürgerinnen und Bürger, der Allianz Schmierereien usw. zu melden. Entwickeln Sie Strukturen und Verfahren, Schmierereien etc. so schnell wie möglich aus dem öffentlichen Raum zu entfernen.

Tipp! Wenn es möglich ist, arbeiten Sie mit Graffiti-Künstlern zusammen, um rechtsextreme Schmierereien in Graffiti umzugestalten, die Toleranz fördern.

Organisieren Sie Gegendemonstrationen gegen rechte Aufmärsche. Berufen Sie Dringlichkeitssitzungen ein, um die Routen zu entscheiden. Bereiten Sie Werbematerialien wie Luftballons, Schals etc. vor, die unter die Teilnehmer der Gegendemonstration verteilt werden. Wirkungsvoll ist die Teilnahme des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin bzw. hochrangigen Politikerinnen und Politiker an der Gegendemonstration.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist eine gute Kooperation mit der örtlich zuständigen Polizei. Eine Kontaktperson bei der Polizei ist vorteilhaft. Dies ist auch ein Grund für die Einbeziehung der Polizei in den Lenkungsausschuss der Allianz (sh oben).

Tipp! Versuchen Sie, in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten zur Teilnahme zu gewinnen.

KOORDINATION VON FREIWILLIGEN

Die Allianz kann Freiwilligenarbeit und -unterstützung koordinieren. Das ist besonders wichtig, um kurzfristig entsprechende Unterstützung zu mobilisieren.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit umfasst Stellungnahmen, Medienbeiträge, Kampagnen, die Vorbereitung und Bewerbung von Veranstaltungen. Präsenz in den Social Media ist unverzichtbar, um eine breite Öffentlichkeit, insbesondere auch die Jugend zu erreichen. Eine enge Zusammenarbeit mit der offiziellen städtischen Öffentlichkeitsarbeit wird empfohlen.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Wetterabhängigkeit im öffentlichen Raum

Investieren Sie in einen mobilen, wetterfesten Pavillon als Informationsstand.

Wechsel beim Personal und Zuständigkeiten betreffen bestehende Kooperationen

Netzwerkarbeit muss kontinuierlich geleistet werden. Rüsten Sie sich für ‚Change management‘. Je besser verankert das Netzwerk ist desto leichter finden sich Personen, die neue Aufgaben übernehmen können und wollen.

Unrealistisch hohe Erwartungen der Mitglieder. Manche erwarten sich Aktionen oder Erfolge, die unter gegebenen Umständen und Mitteln nicht durchführbar oder erreichbar sind.

Machen Sie von Anfang an klar, welche die erreichbaren Ziele sind und welche Beschränkungen zu gewärtigen sind.

Falsche Medienberichterstattung

Investieren Sie in gute Pressemitteilungen und kooperieren Sie mit der offiziellen Öffentlichkeitsarbeit der Stadt

Engagierte Mitglieder sind auch in anderen Initiativen tätig. Zeitressourcen sind beschränkt, Leute sind überfordert mit den Aufgaben.

Motivieren Sie auch weniger engagierte Personen, sich starker einzubringen, um nicht nur auf wenige angewiesen zu sein und um die engagierte Mitglieder zu entlasten.

Interessenskonflikte, z.B. zwischen politisch aktiven Mitgliedern

Fördern Sie die politische Solidarität im Kampf gegen Rassismus und Extremismus in der Stadt als Mittelpunkt der Arbeit der Allianz.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Die geforderte unmittelbare Aktion ist nicht immer durchführbar aufgrund von politischen, rechtlichen, verwaltungsbehördlichen Vorgaben. Z.B. kann ein Graffiti nur nach Kontaktieren des Eigentümers des betreffenden Gebäudes und dessen Zustimmung erfolgen und deswegen nicht unmittelbar entfernt werden.

Viele Teilnehmer beeinträchtigen die Produktivität von Sitzungen.

LÖSUNGSANSÄTZE

Es geht darum, die geeignete Struktur zu finden: Zivilgesellschaftliche Einrichtungen sind meist nicht so eng an Vorschriften gebunden wie die öffentliche Verwaltung, andererseits hat die Behörde den Vorteil, Dinge durchzusetzen, die einer NGO nicht möglich sind. Daher ist eine geeignete Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und anderen Akteuren wichtig, schließen Sie auch informelle Kooperationsvereinbarungen, ‚Gentlemen Agreements‘.

Eine gute Vorbereitung ist die halbe Sitzung. Bleiben Sie bei der Tagesordnung und beauftragen Sie einen professionellen Vorsitz.

DRANBLEIBEN

Der Schlüssel zum Erfolg der Allianz sind die breite Beteiligung und Einbindung von in der Stadt gut verankerten Akteuren, Unternehmen, Universität, Sportvereine, Schulen, Religionsgemeinschaften etc. Diese breite Mitgliedschaft sichert auch die Nachhaltigkeit. Je größer die Vielfalt, desto höher ist auch die Attraktivität für weitere Akteure, sich anzuschließen und sich zu beteiligen, weil damit die Zusammenkünfte auch eine Plattform für andere Vernetzungsmöglichkeiten bieten.

Die Nachhaltigkeit und Beständigkeit der Allianz hängen auch stark von der politischen Unterstützung, insbesondere der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters ab. Wichtig ist dabei, dass es eine klare Priorität der gesamten Stadt ist, gegen Extremismus und Rassismus aufzutreten. Nachdem der Bürgerinnendialog (sh Teil 1) abgeschlossen ist, sprechen Sie besonders engagierte Personen und Institutionen an, um die Möglichkeit der Gründung einer Vereinigung zu diskutieren, um das im Dialog aufgebaute Netzwerk zu erhalten und weiter zu führen. Die im Dialog angeregten Maßnahmen und Initiativen können als Ansatzpunkt für eine gemeinsame Arbeit der zivilgesellschaftlichen Vereinigung mit der von der Stadtverwaltung geleiteten Allianz sein.

Die Vereinigung ist der bottom-up Teil der Allianz, welche durch die Stadt geleitet wird. Der Vorteil der dualen Struktur ist, dass die Möglichkeiten besser ausgenutzt werden können. Der zivilgesellschaftliche Teil kann niederschwelliger agieren und Leute erreichen, die durch offizielle Kanäle schwerer erreichbar sind. Die zivilgesellschaftliche Vereinigung wird zudem aus öffentlichen Geldern und privaten Spenden finanziert.

Beide zusammen organisieren Veranstaltungen, Gegendemonstrationen und andere Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Mittels Veranstaltungen und Veröffentlichungen wird die Vereinigung in der Stadt bekannt und bildet für sich selbst ein wichtiges Netzwerk im städtischen Leben. Mithilfe dieser Struktur können Bürgerinnendialoge zu einzelnen Themen leicht wiederholt werden und Bürgerbeteiligung gelebt werden (z.B. bei der Gestaltung von öffentlichen Plätzen).

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Mitglieder oder Unterstützer werden müde.

Leute tendieren dazu, bei Vereinigungen zu bleiben, wenn sie die anderen persönlich kennen und wenn sie gerne mit anderen zusammenkommen. Die Vereinigung profitiert von der Vielfalt ihrer Mitglieder. Die Treffen sind eine gute Möglichkeit, neue Perspektiven aus unterschiedlichen Berufsfeldern und Lebensstilen kennen zu lernen, ohne engere Bindungen eingehen zu müssen.

Suchen Sie nach Möglichkeiten, Angestellte von Teilnehmern zu involvieren, um Treffen auch während der Dientzeiten abhalten zu können.

Der Bürgerinnendialog und seine Ergebnisse geraten in Vergessenheit.

Die Ergebnisse und die Vereinbarung müssen in einer Publikation verfügbar und erhältlich sein. Dieses Dokument sollte so oft wie möglich genannt werden, in Veranstaltungen darauf verwiesen werden und von Politikern darauf bezug genommen werden.

Ungenügende Mitgliedschaft

Permanente Mitgliederwerbung, aktiv auf potenzielle Mitglieder zugehen.

Aktuelle Diskussionen, neue Themen aufnehmen, wie z.B. die zunehmenden Ressentiments gegen Asylwerber.

Wichtige Partner bei Outreach- und Öffentlichkeitsarbeit sind Jugendzentren, Professoren und Studierende, Schulen und vor allem Sportvereine.

→ PROJEKT FONDS

13

SCHRITT Koordinationsstelle

In der Stadtverwaltung wird eine Koordinationsstelle eingerichtet.

Aufgaben:

- Unterstützung und Koordination des Lenkungsausschusses
- Unterstützung und Beratung für die Projekte

14

SCHRITT Zugangskriterien

Legen Sie Kriterien für die Finanzierung von Projekten fest. Verlangen Sie nicht zu hohe formale Kriterien und lassen Sie auch Anträge zu, die nicht ganz perfekt sind, insbesondere sprachlich, um eine größtmögliche Breite von Projekten zu erreichen.

Empfohlene Kriterien:

Initiativen, die Demokratie und Toleranz fördern und rechtsextremen, fremdenfeindlichen und rassistischen Strömungen entgegenwirken.

- Jugend: Förderung demokratischen Engagements in und außerhalb der Schule, welches auf Jugendliche und deren soziales Umfeld abstellt; Stärkung der Selbstorganisationskompetenz von Jugendlichen im Themenbereich.
- Active Citizenship: Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements; Entwicklung einer Willkommenskultur; Entwicklung einer Kultur der gegenseitigen Unterstützung und Anerkennung in der Freiwilligenarbeit gegen antidemokratische Strömungen. Förderung von Vernetzung in der Extremismusprävention und Förderung von öffentlichen Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.
- Schwerpunktprojekte: Entwicklung und Umsetzung von Schwerpunktprojekten zur Lösung spezifischer Probleme und Konfliktsituationen in der Stadt.

15

SCHRITT Lenkungsausschuss

Der Lenkungsausschuss trifft die Förderentscheidungen. Die Mitglieder werden von der Stadtverwaltung berufen. Der Lenkungsausschuss setzt sich aus Mitgliedern unterschiedlicher Einrichtungen zusammen.

Legen Sie eine Geschäftsordnung fest, in der die Entscheidungsverfahren und Entscheidungskriterien definiert sind.

16

SCHRITT Budget

In einer Stadt mit 240.000 Einwohnerinnen erlaubte ein Budget von insgesamt 500.000 Euro die Umsetzung von 26 umfassenden und 46 Mikroprojekten innerhalb von drei Jahren.

ÜBERTRAGBARKEIT

Der Bürgerinnendialog und die städtische Allianz sind sehr einfach auf kleinere und mittlere Städte übertragbar. Im Wesentlichen beruhen sie auf der Stärkung von Solidarität und persönlichen Netzwerken. In kleineren Städten ist es möglicherweise einfacher, da sich die Leute untereinander vielfach bereits kennen. In größeren Städten können die vorgestellten Politiken auf Stadtteilbasis umgesetzt werden. Stadtweit könnte es dann eine Dachorganisation geben.

ERFOLGSFAKTOREN

- Der politische Wille der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters, eine starke Position gegen Rechtsextremismus und Rassismus einzunehmen
- Unterstützung und grundsätzliche Übereinstimmung aller demokratischen Parteien
- Koordination zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, Ideen und Initiativen durch eine Verwaltungseinheit, die in der Hierarchie dem Bürgermeister nahe steht und ausreichend finanziert und unterstützt wird.
- weit gefächerte Teilnahme von Akteuren aus unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Spektren, deren Gemeinsamkeit die Ablehnung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus ist. Folgende Akteure werden als besonders bedeutsam erachtet:
 - Geschäftsleute
 - Sportvereine (insbesondere Fußball)
 - Marketing- und Medienexpertinnen
- ein stabiles und verantwortungsvolles Kernteam und geringe Fluktuation bei den Netzwerkpartnern
- Fähigkeit der Mitglieder und Koordinatoren, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen zu können – die Ablehnung von Rassismus in allen Formen – und andere Themen zurückstellen zu können
- Die Kombination von Top-down Initiativen und bottom-up Aktivitäten, starke zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die die Bemühungen vorantreiben.

→ Erfolgsfaktoren
Wirkung und Ergebnis

- Ein Grundsatzdokument mit bindendem Charakter, welches den Bürgerinnendialog zusammenfasst
- Outreacharbeit zur Ermutigung zur Beteiligung im Bürgerinnendialog
- Erfahrene Koordinatorinnen, die den Prozess moderieren, koordinieren und aufrecht erhalten
- Öffentliche Präsenz der Themen und Einrichtungen.

WIRKUNG UND ERGEBNIS

- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einschlägigen Veranstaltungen
- Anzahl der Netzwerkmitglieder
- Anzahl der Beteiligten im Bürgerinnendialog
- Abnahme von rassistischen und extremistischen Vorfällen und ein Anstieg von Meldungen derartiger Vorfälle
- Permanenz und Frequenz von einschlägigen Aktivitäten, Diskussionen, Veranstaltungen, Kunstprojekten, Kampagnen etc.
- Anzahl der Partnerschaften, die im Projektzyklus gegründet wurden
- Bereitschaft und Verfügbarkeit von Netzwerken bei neuen Herausforderungen (z.B. Ankunft einer großen Zahl von Flüchtlingen)
- Stabile oder steigende Zahl von Mitgliedern
- Anzahl und Qualität der Projekte, die über den Projektfonds finanziert werden

QUELLEN UND BEISPIELE

Potsdam (DE): Potsdam bekennt Farbe; Potsdamer Toleranzedikt

Eine breite Vereinigung von vielen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel, eine breite öffentliche Debatte über unmenschliche und undemokratische Strömungen zu führen. Die Vereinigung ist auch für das Monitoring des Aktionsplanes gegen Rassismus der Stadt Potsdam.

www.potsdam-bekennt-farbe.de; www.potsdamer-toleranzedikt.de

Halle/Saale (DE): HALLIANZ für Vielfalt (Deutsch)

<http://www.halle.de/de/Verwaltung/Lebenslagen/Zivilcourage/Hallianz-fuer-Vielfalt/>

Graz (AT): Wahlkampfmonitoring

Die Stadt Graz beauftragt den Menschenrechtsbeirat der Stadt Wahlkampagnen zu beobachten und ein menschenrechtliches Barometer zu erstellen. Dies ist Teil des Zehn-Punkte-Programmes gegen Rassismus der Stadt Graz.

<http://www.wahlkampfbarometer-graz.at/cms/index.php?id=2>

Valencia (ES): Nord-Süd Plan (Spanisch)

[http://www.valencia.es/ayuntamiento/bienestarsocial.nsf/0/E9715CA817803DE4C-125755C0044EA39/\\$FILE/PLAN%20NORTE-SUR%202009-20013%20definitivo.pdf?OpenElement&lang=1](http://www.valencia.es/ayuntamiento/bienestarsocial.nsf/0/E9715CA817803DE4C-125755C0044EA39/$FILE/PLAN%20NORTE-SUR%202009-20013%20definitivo.pdf?OpenElement&lang=1)

<http://www.valencia.es/ayuntamiento/bienestarsocial.nsf/vDocumentosTituloAux/936FE-E90107C6235C125755C0045E2AE?OpenDocument&bdOrigen=ayuntamiento%2Fbienestarsocial.nsf>

Comune Montesilvano/Pescara (IT): Ortstafeln mit dem Vermerk “Rassismusfreie Stadt”

